Tagungen der Rechtsparteien in Sachsen.

Deutschnationale Volkspartei.

Am Sonnabend fand in Dresden eine auch von Abgeordneten gut besuchte ordentliche Tagung der Parteivertretung der Deutschnationalen Volkspartei, Landesverband Sachsen, statt. Nach Erledigung geschäftlicher und organisatorischer Fragen wurden zwei bedeutsame Vorträge geboten. Zunächst sprach

Reichstagsabgeordneter Biener über den Mittelstand und die Parteien.

An der Hand statistischer Unterlagen wies der Redner nach, daß der Anteil der selbständigen Existenzen gegenüber den Arbeitnehmern immer mehr zurückgeht, und er betonte, welch nachteilige Wirkungen dies in wirtschaftlicher, sozialer und völkischer Beziehung haben muß. Die Stärke Deutschlands hat auf seiner großen Vielschichtigkeit beruht, wie sie kein anderes Volk der Erde aufzuweisen hatte. Während aber andere Völker durch ihr starkes Nationalgefühl zusammengehalten werden, ist dies leider bei uns nicht der Fall. Von den Sozialdemokraten und den Kommunisten wird das Nationalgefühl einfach totgeschlagen. Es muß alles getan werden, die Verminderung der Zahl der selbständigen Existenzen einzudämmen und zum Stillstand zu bringen. Bedauerlicherweise aber bekämpfen sich alle Erwerbsschichten im deutschen Volke, obwohl sie wissen müßten, daß sie auf Gedeih und Verderben miteinander verbunden sind. Wenn die Revolution im Jahre 1918 bei uns nicht so weit gegangen ist wie in Rußland, so verdanken wir das dem gewerblichen Mittelstand. An diesem festen Damme hat die rote Flut haltgemacht. Wir leiden in unserer Wirtschaft darunter, daß das Bindeglied zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verloren gegangen ist. Der Arbeiter hat keine innere Beziehung mehr zu seinem Produkte. Die Arbeit ist entgeistigt. Im Kleinbetriebe ist das aber zumeist nicht der Fall. Dort ist der soziale Aufstieg noch möglich. Als Fichte während Deutschlands tiefster Erniedrigung seine berühmten Reden an die deutsche Nation gehalten hat und eine deutsche, nationale Erziehung forderte, hat er dabei nicht nur an die rein wissenschaftliche Bildung gedacht, sondern auch an die Erhaltung der persönlichen Verbindung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Der Redner hielt es für bedenklich, daß die Kosten der sozialen Fürsorge immer mehr steigen. Soziales Wohltun ist selbstverständliche Pflicht, solange die soziale Wohltat im Einklang steht mit dem, was das Subjekt der Wirtschaft wert ist. Darüber hinaus ist sie vom Uebel.

Mehr als bisher müssen wir unsere Binnenwirtschaft aktiv gestalten.

Das kann aber nicht geschehen durch hohe Löhne und geringere Arbeitsleistung bei gekürzter Arbeitszeit. Vielmehr muß

auf allen Gebieten äußerste Sparsamkeit

einsetzen. Wir werden uns in der kommenden Zeit wohl etwas mehr Bedürfnislosigkeit angewöhnen müssen.

Die Behauptung, daß der gewerbliche Mittelstand an der Preissteigerung vorzugsweise Schuld sei, ist ein Ausfluß gedankenloser Einstellung. Das wies der Redner im Bäckerhandwerk nach, dessen Gewinn nicht größer ist als vor dem Kriege. Entsprechend der Bedeutung von Handwerk und Gewerbe für unser Volk müßten auch diejenigen Kreise, die mit diesen Ständen nichts zu tun haben, mit dafür sorgen, daß dieser Faktor für den sozialen Aufstieg und Ausgleich erhalten bleibt. Die Deutschnationale Volkspartei hat fast so viel Mittelstandsvertreter in ihrer Fraktion, als alle anderen Parteien zusammengenommen. Sie hat auch immer die Führung der Mittelstandspolitik in den Händen gehabt. Von unerfüllbaren Forderungen ist abgesehen worden, aber die Partei hat doch dafür gesorgt, daß die Interessen des gewerblichen und des kaufmännischen Mittelstandes nicht zu kurz gekommen sind. Freigehalten haben wir uns von der Kreditpsychose. Wenn der Zinsensatz nicht aus dem Betriebe herausgeholt werden kann, so ist das von vornherein vom Uebel. Ein ganz besonderes Interesse aber hat der Mittelstand an der Möglichkeit langfristiger Kredite. Ein deutschnationaler Antrag bezweckt, die Sparkassen wieder in die Lage zu versetzen, Realkredite zu geben. Der Antrag geht dahin, aus den Mitteln der Mietzinssteuer einen Teil für die Sparkassen freizuhalten, damit auch bei einem Ansturm auf die Kassen die Gelder flüssig gehalten werden können. Daß die Wirtschaftspartei in der Vertretung der Mittelstandsinteressen mehr erreicht hätte, kann man nicht sagen. Es ist beklagenswert, daß durch diese Partei eine neue Absplitterung von der großen geschlossenen Rechten erfolgt ist. Daß man mich einmal hinüberziehen könnte, diese Hoffnung soll man ein-für allemal aufgeben.

Zum Schlusse richtete der Redner einen Appell an die Partei, dafür Sorge zu tragen, daß das Verständnis für den Mittelstand auch in ihren eigenen Reihen immer mehr wächst. Der Kampf, den die Deutschnationale Volkspartei in den Parlamenten zu führen hat, wird noch für längere Zeit hinaus von großen Schwierigkeiten begleitet sein. Aber ich hoffe zuversichtlich, daß die Entwicklung wieder aufwärts geht, gerade angesichts der Vielseitigkeit des deutschen Volkes.

Von dem Vorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Kurt Philipp, wurden die Worte des Redners noch durch einige markante Sätze unterstrichen. Es sei das einzig richtige, daß sich ein wahrhaft deutscher Mittelständler nicht auf ein Extrapferd setze, sondern sich den großen nationalen Parteien anschließe die sich für das Handwerk eingesetzt haben. In Fortsetzung der Tradition der Konservativen Partei hätten die Deutschnationalen immer versucht, den Mittelstand zu seinem Rechte kommen zu lassen.

Den zweiten Vortrag hielt

Reichstagsabgeordneter Dr. Quaatz über die politische und wirtschaftliche Lage.

Wenn man den Ablauf der Politik im letzten Jahre übersieht, so muß man sagen: Ein großer Aufwand ist hier schmählich vertan. Das soll kein persönlicher Angriff auf Dr. Luther sein, aber es ist die Tatsache festzustellen, daß er vor einem Jahre große Chancen hatte. Ein nationaler Reichspräsident ließ ihm freie Hand, die größten Rechtsparteien stellten sich ihm zur Verfügung mit einer Selbstverleugnung, die in den eigenen Reihen Kritik erfahren hat. Das Kabinett ging nach Locarno mit festen Richtlinien, aber

man hat die uns gegebenen Versprechungen gebrochen.

Da war für uns die Konsequenz gegeben. Wir haben nicht das Schiff verlassen, sondern wir sind ausgebootet worden. Hier lag der große Fehler von Dr. Luther, an dem er politisch zugrunde gehen wird. Nach der Weimarer Verfassung zieht der Kanzler die Richtlinien der Politik, aber wir haben das niemals gesehen. Man ist nicht weiter gekommen als bis zum demagogischen Ausruf, wie ihn Dr. Wirth einst getan hat: Der Feind steht rechts. Ein Regierungsprogramm ist das wirklich nicht. Man wollte den vollständigen Mangel politischer Gedanken verdecken. Aus diesem Zustande hätten wir herauskommen können, wenn Dr. Luther die Chancen ausnutzte. Aber

Dr. Luther ist in Locarno nicht nur uns, sondern sich selbst untreu geworden.

Auch die Hilfstruppen, die man herangezogen hat aus der Blüte der sächsischen Intelligenz, werden nichts ändern.

Die taktische Lage ist für uns nicht gerade bequem. Wenn Dryander aufruft zur Treue gegen Hindenburg, so heißt das: Treue gegen Luther, denn er führt die Politik. Heute tönt es freundschaftlich von der Stresemann-Seite zu uns herüber. Ich kann mir aber nicht denken, daß wir eine imposante Rolle spielen würden, wenn wir nach der Vereinigung von Locarno wieder in die Regierung eintreten. Ich glaube nicht, daß die Genfer Suppe anders ausfallen wird als der Tee von Locarno.

Es ist nicht richtig, daß uns von der Deutschen Volkspartei allein das bißchen Locarno, wie gesagt wird, trennt. Es trennt uns in bezug auf die innere politische Anschauung eine Welt. Zwei Anschauungen sind es, die uns immer mehr voneinander scheiden, wie man in Deutschland Wirtschaft treiben kann. Aus dem großen amtlichen Propagandaapparat klingt immer wieder das eine Wort: Export. Es ist kein Wunder, daß dieses Wort gerade in Sachsen eine Resonanz findet, aber mit Unrecht. Woche für Woche wird dem deutschen Volke das Gift des Glaubens an den Export eingeträufelt. Wir kämpfen mit Mühe um die Erhaltung des Exports, und da glaubt man, das, was noch im Inlande wurzelt, ebenfalls auf diese schmale Basis umstellen zu können. Das ist nichts anderes als

eine frevelhafte Irreführung der öffentlichen Meinung durch amtliche Stellen.

Das Debut von Dr. Reinhold ist nicht ganz glücklich gewesen. Man sagte, der Mann spricht gut, aber schon in den nächsten Tagen hörte man: Wenn man sich die Sache überlegt, so geht es doch nicht. Das große Verdienst Schliebens ist, daß er die Finanzen gesund erhalten hat. Jetzt stehen wir vor der Gefahr einer schweren Erschütterung. Es ist ungeheuer populär, wenn man Steuern abbauen will, den Effekt bei der Umsatzsteuer würden aber in erster Linie die Warenhäuser schlucken, und es wird sich ereignen, daß der Betrag der Senkung durch die Erwerbslosenfürsorge wieder völlig aufgebraucht wird. Die Regierungsparteien sind jetzt durchaus munter im Bewilligen. Das ist nicht vorgekommen, als wir in der Regierung waren. Ueberhaupt ist der Herr Reichsfinanzminister ein sehr liebenswürdiger Mann, der eigentlich jedes Versprechen gibt, das man von ihm verlangt, aber die Menge wird die Lasten tragen müssen. Es ist falsch, die Reichskassen zu füllen und daraus Almosen an die Wirtschaft zu geben.

Wir können nur der Wirtschaft helfen, indem wir die Ausgaben des Staates beschränken.

Es ist nicht die Fürstenabfindung, die uns kaputt gemacht hat, sondern die unselige Verschwendung des parlamentarischen Systems. Hier einzugreifen, wäre eine Aufgabe des Finanzministers. Ein gänzlich neuer Grundsatz ist es, von ihm die Jahresausgaben in der Wirtschaft durch Anleihen bestreiten zu wollen. Sehr lange wird das nicht gehen. Unseres Erachtens wäre es zunächst einmal nötig, daß man die vorhandenen Mittel des Staates zusammenfaßt nach einem einheitlichen Plan und sie dort einsetzt, wo sie am fruchtbarsten wirken können; wo sie die Rentabilität der Wirtschaft heben. Das erste ist,

die Landwirtschaft von dem Drucke der Wechselverbindlichkeiten zu befreien.

Dann kommt der Betrieb von selbst wieder in Gang. Von großer Bedeutung ist die Beseitigung der Wohnungszwangswirtschaft mit der Maßgabe, daß die Mieten nicht beliebig gesteigert werden können. Dann wird sich der Baumarkt beleben.

Die direkte Steuerlast muß unter allen Umständen gesenkt werden.

Durch Monopole können ganz erhebliche Mittel auf tragbare Weise erzielt werden. Gerade im Luxus ist das deutsche Volk wenig geneigt, sich Beschränkungen aufzuerlegen. Auch eine Abkehr von den jetzigen Methoden der Erwerbslosenfürsorge ist erforderlich. Wir müssen für die jungen Leute die Arbeitspflicht einführen und dann ein großes Arbeitsprogramm aufstellen. Das Straßennetz befindet sich in einem schlechten Zustande. Wir müssen ein solches Programm durchsetzen, wenn wir den Namen einer großen Partei verdienen wollen, und wir können nur in ein Kabinett hineingehen, wenn solche Grundsätze dort anerkannt werden. Schließlich mündet alles ein in die Außenpolitik. Locarno ist von der Wirtschaft nicht zu trennen. Locarno ist die Verpfändung der deutschen Zukunft um Tagesvorteils willen oder um ein Regierungssystem noch eine Zeitlang am Leben zu erhalten, das doch zum Sterben verurteilt ist. Aber **wir wollen nicht sterben.** Wir wollen lieber ertragen, daß wir neunzig oder weniger Abgeordnete haben und daß wir keine Minister stellen, aber wir wollen auf eins nicht verzichten: **Träger zu sein des Glaubens an die deutsche Zukunft.**

In der Aussprache wurde von dem Reichstagsabgeordneten Domsch zum

Volksbegehren über die Fürstenabfindung

gefordert, die Parteimitglieder darüber aufzuklären, daß sich niemand eintrage. Der Vorsitzende sagte zu, in diesem Sinne weiter zu wirken.

Deutsche Volkspartei.

Der Wahlkreisverband der Deutschen Volkspartei Ostsachsens hatte für Sonntag Einladungen zu einem Vertretertag nach Löbau ergehen lassen, an dem zahlreiche Landtagsabgeordnete teilnahmen. Auch Volksbildungsminister Dr. Kaiser wohnte den Verhandlungen bei. Der Saal des „Wettiner-Hofes" war mit dem Bilde des Reichspräsidenten geschmückt, das schwarz-weiß-rotes Tuch umgab.

Der Vorsitzende,

Staatsminister a. D., Reichstagsabgeordneter Dr. Heinze,

gab der Stimmung Ausdruck, die heute ganz Deutschland beherrscht. Wenn Sachsen auch nicht an dem Trauertag teilnehme, so sei das Gefühl gegenüber den Gefallenen bei uns doch nicht anders als im übrigen Deutschland. Wir gedenken unserer Gefallenen und geloben, dafür zu sorgen, daß ihr Tod nicht vergebens gewesen ist.

---

psychischen Dualismus entspricht auf soziologischem Gebiete der Unterschied zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft. In der Gemeinschaft sind die Individuen durch Wesenswillen verbunden. Es besteht zwischen ihnen innere Anteilnahme, soziale Sympathie. In der Gesellschaft dagegen sind die einzelnen innerlich voneinander getrennt. Das verbindende Prinzip ist hier lediglich der auf äußere Zwecke abzielende Kürwille, der in dem Verhältnis von Leistung zur Gegenleistung, also im Tausch jeglicher Art, seine soziologische Auswirkung findet. Auf ihm beruht das moderne Wirtschaftsleben. Der Vortragende warf u. a. die Frage auf, ob die beiden von Tönnies gefundenen Idealtypen Gemeinschaft und Gesellschaft erschöpfend seien, oder ob man zur Erfassung aller sozialen Zustände noch anderer soziologischer Kategorien bedürfe, und er erläuterte das Problem an einer Reihe von Beispielen. — An den Vortrag schloß sich eine lebhafte Diskussion an.

Rektoratswechsel in der Technischen Hochschule.

Nach altgewohntem akademischen Zeremoniell wurde am Sonnabend nachmittag in der mit Pflanzengruppen geschmückten Aula der Technischen Hochschule die feierliche Uebergabe des Rektorats vollzogen. Eine hochansehnliche Versammlung, darunter der Volksbildungsminister Dr. Kaiser und der Landeskommandant Oberst Brück, zahlreiche Vertreter des Parlaments, der staatlichen und städtischen Behörden, der Industrie, des Handels, der Kunst und Wissenschaft, sowie die Studentenschaft zum großen Teil in vollem Wichs füllten bereits die Aula, als in festlichem Zuge die rund zwanzig Fahnen der studentischen Korporationen, von schmuck gekleideten, mit dem blanken Rappier gerüsteten Abordnungen geleitet, in den Saal eingebracht wurden, die nun die Wände flankierten. Kurz darauf erklangen die Fanfaren einer im Treppenhause aufgestellten Reichswehrkapelle, und unter diesen Klängen nahte der feierliche Zug der Rektoren, Prorektoren, Senatoren, Professoren, Dozenten und Assistenten der Hochschule unter Vorantritt zweier Pedelle und mehrerer Chargierter mit gezogenem Schläger, die Senatoren mit Talar und Barett angetan, der bisherige Rektor mit dem Hermelinmantel und der goldenen Amtskette geschmückt.

Unter Leitung von Hochschulkapellmeister E. Schneider intonierte das Studentenorchester, das auf der Tribüne postiert war, die Eröffnungsmusik der Kantate „L'isola disabitata" von Haydn, und sodann bestieg der seitherige Rektor Magnificus, Prof. Dr. Heiduschka, das blumengeschmückte Rednerpult, um als letzte Amtshandlung die Versammlung zu begrüßen und den üblichen

Jahresbericht

über das Leben und die Geschicke der Hochschule zu geben. Sein erstes Wort galt dem Gedächtnis der Toten des Berichtsjahres. Acht hoffnungsvolle Studierende, vier treue Beamte und ein hochherziger Freund der Hochschule: der Begründer der Max-Elb-Stiftung Kommerzienrat Elb sind dahingegangen; ihnen galt ein stilles Gedenken; die Fahnen senkten sich, und die Versammelten erhoben sich von den Plätzen. Weiter wurde der Veränderungen im Lehrkörper gedacht, von denen besonders das Ausscheiden der Geh. Hofräte Professoren Dr. Pattenhausen und Dr. Genzmer, die in den Ruhestand übergetreten sind, erwähnt sei. Unter den neueingetretenen Herren befindet sich auch erstmalig ein ständiger akademischer Sportlehrer, cand. phil. A. Vogel. Nachdem der Rektor über verschiedene Ehrungen, Auszeichnungen und Ernennungen, über Jubiläen und sonstige persönliche Feste berichtet hatte, zu denen die Hochschule ihre Zugehörigen hatte beglückwünschen können, rühmte er das harmonische Verhältnis, in dem Rektor und Studentenschaft zueinander gestanden hätten. Zu Beginn des Berichtsjahres seien 2794 Studierende eingeschrieben gewesen; 1019 hätten die Hochschule verlassen, 819 seien neu eingetreten. Die Gesamtziffer der Besucher betrage gegenwärtig (einschließlich der Hörer und Hörerinnen) 2980. Segensvoll habe zur Freude der Professorenschaft sowohl der Studentenausschuß für geistige Interessen wie der für Leibesübungen gewirkt; dem letzteren habe ein neuer Sportplatz an der Helmholtzstraße, sowie — gelegentlich der verschiedenen sportlichen Wettkämpfe — eine Anzahl von Siegerpreisen zur Verfügung gestellt werden können. — Vom inneren Leben der Hochschule berichtete der Rektor u. a., daß die bisherige „Allgemeine Abteilung" ihren Namen in „Kulturwissenschaftliche Abteilung" umgeändert habe; daß die frühere Staatl. Turnlehrerbildungsanstalt der Hochschule angegliedert worden sei; daß drei um die technischen Wissenschaften hochverdiente Männer (Prof. Brentano, München, Dr. phil. Koch, in Firma Koch u. Sterzel, Dresden, und Prof. Wegener, Darmstadt) von der Dresdner Hochschule zu Ehrendoktoren der Ingenieurwissenschaften ernannt worden seien; daß ein Bronzebildnis des einstigen Vorstandes der mechanischen Abteilung, Geheimen Hofrat Professor Dr. Lewicki, von Freunden des verdienten Hochschullehrers gestiftet und in der Hochschule aufgestellt worden sei; daß ihm von ungenannt bleiben wollenden Gönnern „zur Linderung der Not der Wissenschaft" Spenden von 40 000 und 10 000 Mark übergeben worden seien usw. Nachdem er endlich auch noch eine Rückschau auf die mannigfaltigen Veranstaltungen und akademischen Feiern des Berichtsjahres (verschiedene Vortragszyklen, Sonderkurse, Ausstellungen, 2. Städtebauwoche — akademische Rheinlandfeier, 75-Jahrfeier der angegliederten Turnlehrerbildungsanstalt, Gründungsfeier der Hochschule und Dies academicus) gehalten und die Namen der studentischen Preisträger bei verschiedenen im Berichtsjahre gestellten Preisaufgaben verkündigt hatte, richtete er Worte des Dankes an die Staatsbehörden, insonderheit an das Volksbildungsministerium, ferner an die Professorenschaft, an den Senat, an die Beamten der Hochschule, sowie vor allem auch an die studentischen Kommilitonen.

Mit der Erledigung dieser Dankespflicht legte er sein Amt nieder und verschritt zur

feierlichen Investitur

des neugewählten Rektors, Prof. Dr.-Ing. Richard Müller. Er bekleidete ihn eigenhändig mit den Abzeichen der Würde und führenden Gewalt eines Rektors Magnificus der Sächsischen Technischen Hochschule, dem Hermelinmantel und der goldenen Kette und brachte ihm als erster die Glückwünsche zum neuen Amte dar.

Der neue Rektor übernahm dankend die Insignien seiner Würde unter dem Gelöbnis gewissenhafter Amtsführung. Er dankte dem Prorektor Prof. Dr. Heiduschka für alle Treue und Mühewaltung in den bisherigen Amtsgeschäften und bat die Senatoren, Professoren und Studierenden um freundliche Unterstützung und Mitarbeit. Seine

Antrittsrede

war vornehmlich an die Studentenschaft gerichtet. Was uns vereint — so führte er aus — das sind die gleichen Ideale: Volk und Vaterland, Pflicht und Freiheit. Lassen Sie mich heute insonderheit von dem letztgenannten Ideal, von der Freiheit reden. „Freiheit" ist vielleicht das herrlichste Wort, das die deutsche Sprache geprägt hat; aber es kann auch zum erbärmlichsten werden, wenn es in unwürdigem Munde und in irrender Auslegung geführt wird. Freiheit, insbesondere die akademische Freiheit, ist für uns nichts anderes als Selbstverantwortung, als die Möglichkeit, nach unserem eigenen Gewissen unsere Pflichten zu erfüllen, ohne äußeren Zwang. Haben wir eine akademische Freiheit in solchem Sinne? Diese Frage wurde von dem neuen Rektor bejaht in außergewöhnlich eindrucksvollen Ausführungen. Wohl gäbe es auch auf der Technischen Hochschule Studienpläne, Seminare, Laboratorien, Praktika, Lehraufgaben, Zulassungsbedingungen, Prüfungen usw., die wohl den Schein eines Zwanges an der Stirn trügen. Doch wollten und sollten alle diese Einrichtungen nur Wegweiser sein für diejenigen, die den Weg zu höherer Bildung mit Ernst suchten. Was insbesondere die Zulassungsbedingungen und die Prüfungen angehe, so seien diese nicht zu entbehren. Man sage heute so oft: Freie Bahn dem Tüchtigen! Man sollte aber auch im Hinblick auf die Lerneifrigen und entsprechend Vorgebildeten hinzufügen: Schutz vor dem Untüchtigen! Eine Beschränkung der akademischen Freiheit in diesem Sinne sei notwendig, wenn anders die Hochschule ihre Aufgabe, das höchstmögliche Maß von Bildung auf dem Gebiete der Wissenschaft und der Kunst zu übermitteln erfüllen soll. Die Rede des Rektors gipfelte in der Mahnung an die Kommilitonen, sich der ihnen gewährten akademischen Freiheit allezeit würdig zu erweisen, indem sie Freiheit als freiwillige Hingabe an heilige Pflichten und heilige Ideale auffasse, als freigewählten Dienst zum Besten von Volk und Vaterland.

Lauter Beifall in der akademischen Form folgte dieser ersten Rede des neuen Rektors, und mit einem stimmungsschönen Vortrag des Studentenorchesters (Balletmusik aus „Idomeneus" von Mozart) klang die Feier — weihevoll, wie sie begonnen — aus.

SLUB
Wir führen Wissen.